



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

B/XV/47 - 25. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Sinn und Unsinn der Subventionen Von Ulrich Lohmar, MdB	64
3	Die Flucht der Pariser Rechtsanwälte Weil sie Verteidiger von Algerien waren	44
4 - 5	Chruschtschow nicht gelassen? Zur Auseinandersetzung der SED mit den Kommunisten	67
6	Die richtigen Partner für Bonn? Bonn, Madrid und Lissabon	40

\* \* \* \*  
\* \* \*

## Sinn und Unsinn der Subventionen.

Von Ulrich Lohmar, MdB

In den Wandelgängen des Bundestages hört man in diesen Wochen wieder ein beliebtes Wort: Subventionen.

Das Parlament hat kürzlich über den "Grünen Plan" debattiert, und wir wollen einmal bei diesem Beispiel bleiben. Auf Grund der Vorschläge des "Grünen Planes" zahlt der Bund Zuschüsse an die Landwirtschaft. Sie betragen im letzten Jahr 50,3 Millionen DM für Betriebsbeihilfen für die Landwirtschaft zur Verbilligung des Dieselkraftstoffes, staatliche Zuschüsse zur Qualitätsmilch 376 Millionen DM, Ausgleichsbeträge für Eier 48 Millionen DM, dazu kommen 290,5 Millionen DM für die sogenannte Einfuhr- und Vorratshaltung, die das Preisgefüge für landwirtschaftliche Erzeugnisse stabil halten soll. Trotz dieser hohen Summe wurden aber in den letzten Monaten Preisanstiege auf diesem Gebiet nicht verhindert.

Der gewerblichen Wirtschaft und hier vor allem der Großwirtschaft gegenüber ist die Bundesregierung auf andere Weise mildtätig. Die der Großwirtschaft zufließenden Staatsbeihilfen liegen vor allem in den außerordentlichen Steuervergünstigungen, deren peinlichste Nebenwirkung die Spesenreiterei in unserer Wirtschaftswunderland ist. Insgesamt zahlt der Staat in diesem Jahr vier Milliarden DM an direkten und indirekten Subventionen für die Wirtschaft.

Wir würden uns mit dieser Sachlage nicht beschäftigen, wenn nicht die Bundesregierung, insbesondere der Kanzler und der Wirtschaftsminister, die Bevölkerung bei jeder Gelegenheit zur Selbsthilfe und Selbstverantwortung aufrufen. Von dieser Selbsthilfe halten wir sehr viel. Aber wir halten gar nichts davon, wenn sich nur die Arbeitnehmer selber helfen sollen und die freien Berufe etwa, während große Teile der Wirtschaft stillschweigend enorme Staatszuschüsse einstreichen - und das in einer Zeit der Hochkonjunktur.

Es ist unaufrichtig, jede Lohnforderung der Arbeitnehmer oder jetzt die Einwände der Ärzteschaft gegen den Entwurf für die Krankenversicherung als Ausdruck eines materiellen Denkens anzuprangern, während die Bundesregierung gleichzeitig eine handfeste Subventionspolitik gegenüber den Kreisen der Bevölkerung betreibt, die bei den nächsten Wahlen die Staatsbeihilfen honorieren sollen. Zu einem spürbaren Ausbau der unsozialen Verbrauchssteuern z.B. hat sich die Regierung bis heute nicht bereitgefunden.

Was also wäre zu tun? Wir meinen, daß die Bundesregierung die Pflicht hat, für einen gerechten Ausgleich der Interessen zu sorgen, und daß sie außerdem dem Vorrang bestimmter nationaler Aufgaben Rechnung tragen muß. Wir wollen hier nur die Kulturpolitik nennen.

Auf einer Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung hat z.B. der ehemalige Hamburger Kultursenator Prof. Wenke darauf hingewiesen, daß wir unter den Voraussetzungen einer Modernisierung unserer Schulen, der Einführung des neunten und zehnten Schuljahres und der Beseitigung des Schichtunterrichts noch 55 000 Klassenräume und 53 000 Lehrer benötigen. Oder, um ein zweites Beispiel zu nennen: Die Zahl der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik ist in wenigen Jahren auf jetzt mehr als 18 000 angestiegen. Die meisten von ihnen sind der deutschen Sprache kaum mächtig, weil sie in ihrer Heimat, in Asien oder Afrika, keine Gelegenheit hatten, Sprachstudien zu betreiben. Wenn sie bei uns Kontakt finden sollen, müßte man ihnen Gelegenheit geben, mit deutschen Studenten in einem Wohnheim zusammenzuleben. Die verfügbaren Wohnheimplätze reichen aber bei weitem nicht aus, so daß hier für die nächsten sechs Jahre je 300 Millionen DM benötigt werden.

Die Kulturpolitik bedarf also der staatlichen Förderung eher und mehr als die Wirtschaft. Das Parlament sollte gegen alle Subventionen vorgehen, denen man auf den ersten Blick ansieht, daß sie wahlpolitischen Zwecken dienen. Der Bundestag sollte nicht nur die Absicht merken, sondern sich einmal ernsthaft verstimmt zeigen.

### Die Flucht der Pariser Rechtsanwälte

B.K. Am vergangenen Freitag sind drei Pariser Rechtsanwälte nach Genf geflüchtet, weil sie die Überzeugung gewonnen hatten, ihren Pflichten als Verteidiger angeklagter Algerier unter den in Frankreich obwaltenden Umständen nicht mehr gerecht werden zu können. Sie übermittelten dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dem die Überwachung der internationalen Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen obliegt, ein ausführliches und trotz seiner trockenen Juristensprache erschütterndes Dokument, das darlegt, dass den Algeriern praktisch alle rechtlichen Verteidigungsmittel vorenthalten und sie damit schutzlos der Willkür der Untersuchungsorgane und Polizeibehörden ausgeliefert würden. Das seit dem 12. Februar in Kraft gesetzte neue Militärstrafrecht beschneide die Rechte der Angeklagten in derart schwerwiegender Weise, dass von einer unerträglichen Missachtung der elementaren Menschenrechte gesprochen werden müsse.

Ausserdem wurden ein Algerier-Anwalt kürzlich ermordet, einer verhaftet, zwei interniert und zwei aus Algerien ausgewiesen, woraus hervorgehe, dass auch auf dem Wege des physischen Terrors versucht werde, die Angeklagten ihrer rechtlichen Beschützer zu berauben.

Wie zur Bestätigung dieser Vorwürfe wurde gegen die drei nach Genf geflüchteten Anwälte ein Verfahren wegen Landesverrates eingeleitet. Wenn man weiss, dass es in Algerien genügt, keine französischen Zigaretten zu rauchen, um sich eine Strafklage wegen Angriffes auf die innere Sicherheit zuzuziehen, wirkt der jüngste Schritt des französischen Justizministeriums nicht gerade überzeugend.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz könnte zu den ihm vortragenen Klagen, gestützt auf die Genfer Konvention von 1949, Stellung nehmen, die "Verurteilungen" oder Hinrichtungen verbietet, die ohne vorgängiges Urteil eines regulär eingesetzten Gerichtes und ohne die unerlässlichen rechtlichen Garantien, wie sie von den zivilisierten Ländern als unumgänglich anerkannt werden, vollzogen würden."

Die schweizerischen Behörden ihrerseits haben den drei Pariser Rechtsanwälten die Bedingungen des schweizerischen Asylrechtes auseinandergesetzt. Sie müssten sich jeder beruflichen oder politischen Tätigkeit enthalten. Ein formelles Gesuch um Asylgewährung liegt aber augenblicklich noch nicht vor.

Die durch diese aufsehenerregende Flucht vor die Weltöffentlichkeit getragenen Tatsachen sind derart folgenschwer, dass man sich der Pflicht zu grösster Sachlichkeit, aber auch zu leidenschaftlicher Parteinahme für die Freiheits- und Menschenrechte nicht entziehen darf. Die Achtung dieser Grundrechte oder wenigstens das Bemühen, ihnen Nachsicht zu verschaffen, ist die gewichtigste Karte, welche die "freie Welt" in Händen hält. Sollen wir sie uns unter dem Vorwand entgleiten lassen, "Umstürzler" und "Staatsfeinde" ständen ausserhalb der Gesetze?

Chruschtschow nicht gelassen?

G.M. - in zahlreichen Zeitungen der Ostblockstaaten wird - wie nicht anders zu erwarten war - die Veröffentlichung der Dokumentation "SPD und Kommunismus" mit Kommentaren registriert, die wir nicht näher qualifizieren wollen. Erstaunlicherweise betätigen sich jedoch die Kommentatoren einer Argumentation, die geradezu eine Kritik an dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow darstellt. Dies ist der einzige Grund, der uns überhaupt veranlaßt, auf das Thema einzugehen, denn es erscheint doch merkwürdig genug, daß sich kommunistische Journalisten in der Polemik gegen die SPD den Anschein geben, als hätten sie nie etwas von Chruschtschow gehört. Im übrigen verrät die Schreibweise dieser Kommentatoren nur den "alten Adam".

Seit seinem Besuch in den Vereinigten Staaten - aber auch schon mehrfach vorher - hat Chruschtschow öffentlich versichert, die Sowjetunion werde niemanden angreifen, sie werde jedoch den Konkurrenzkampf mit der "kapitalistischen Welt" aufnehmen und diese überflügeln. In diesem Konkurrenzkampf, der nicht mit militärischen Mitteln geführt werden soll, werde es sich am Ende erweisen, welche Gesellschaftsordnung der anderen überlegen sei. Er, so sagte Chruschtschow, sei überzeugt, daß die von ihm als sozialistisch bezeichnete Gesellschaft die kapitalistische "hintersich lassen" werde.

Diese Äußerungen Chruschtschows sind erstens die Vorzeichenklärung eines Kampfes zwischen Ost und West mit militärischen Mitteln, zweitens aber eine Herausforderung an die westliche Welt mit der Ankündigung, der Osten werde diese Herausforderung mit friedlichen Mitteln bestreiten.

Wie haben die in Westeuropa zur Zeit herrschenden politischen Kräfte bisher auf diese Herausforderung reagiert? Von geringen Ausnahmen abgesehen, läßt der West nach wie vor in der Vorstellung, er müsse sich auf einen militärischen Zusammenprall mit dem Osten vorbereiten. Es ist hier nicht der Ort, alle militärischen Maßnahmen aufzuführen, alle Konferenzen zu zählen, die nur dem Zweck dienen, das militärische

Potential des Westens weiter zu verstärken. Nicht-militärische Versuche des Westens, der Herausforderung Chruschtschows mit ähnlichen wie den von ihm angekündigten Mitteln zu begegnen, mündeten gewöhnlich auch wieder nur in die militärische Betrachtungsweise des Ost-West-Gegensatzes ein. Wir haben gerade in der Bundesrepublik hierfür einige Beispiele, die wir unter dem Stichwort "psychologische Kriegsführung" vermerken wollen.

Als erste wesentliche politische Gruppe des Westens hat nun die Deutsche Sozialdemokratie bewußt den Einschnitt in diese Entwicklung vorgenommen. Sie hat in ihrer Dokumentation "SPD und Kommunismus" auf das Versagen der konservativen Kräfte in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hingewiesen und den Weg des demokratischen Sozialismus gezeigt. Die Deutsche Sozialdemokratie hat sich eindeutig gegen die Politik des kalten Krieges ausgesprochen, die primitive Kreuzzugspropaganda gegen den Kommunismus verurteilt und unmißverständlich gesagt, daß der Westen eine konstruktive Außenpolitik braucht, die den Frieden und die Verständigung sucht und die jedes Mittel der Entspannung prüft, ohne dabei die Notwendigkeit geistiger und politischer Selbstbehauptung außer acht zu lassen.

In ihrem Dokument sagt die Sozialdemokratie außerdem, daß die einzige Chance der Demokratie gegenüber der Herausforderung Chruschtschows in dem geistig-moralischen Wettstreit mit dem Kommunismus in der Verwirklichung der Demokratie besteht.

Damit hat die Deutsche Sozialdemokratie ausgesagt, daß sie bereit ist, auf der Seite des Westens die Führung in der von Chruschtschow angekündigten friedlichen Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und den Lebensvorstellungen des Westens mit friedlichen Mitteln zu übernehmen. Sie wird sich von dieser, ihr sich selbst gestellten Aufgabe auch nicht durch Fälscher - ganz gleich aus welchem Lager sie kommen - abdrängen lassen. Deswegen begibt sich die Sozialdemokratie auch nicht in die Fangarme des primitiven Antikommunismus, sondern stößt vor in jene Bereiche des Ringens um die beste und vernünftigste Ordnung dieser Welt, in denen der Rüstungswettlauf zum Anachronismus wird und die Sorge um die Würde des Menschen und die Erhaltung des Friedens die gültigen Postulate in der Begegnung zwischen zwei Lebensauffassungen sein sollten.

### Die richtigen Partner für Bonn?

sp - Wenige Stunden, nachdem eine bestürzte Öffentlichkeit in der Bundesrepublik über ausländische Dienststellen und Agenturen von den militärpolitischen Plänen der eigenen Regierung in Spanien erfahren mußte (von ähnlichen Projekten in Portugal wird schon gemunkelt), haben die Polizeibehörden der beiden Iberischen Diktaturen zu einer der größten Aktionen gegen liberale, demokratische und sozialistische Bürger ausgeholt. Die Schergen Francos in Spanien haben in Madrid, Barcelona, Valladolid, Cadix und San Sebastian über 400 Personen verhaftet, darunter zwei Geistliche, eine Anzahl Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure und sehr viele Arbeiter. Man weiß, daß eine Reihe der in den vergangenen Wochen und Monaten Inhaftierten grausigen Folterungen in den Kellern der Guardia Civil und der militärischen Sicherheitspolizei unterworfen wurden. Gleichfalls bekannt ist die Tatsache, daß das Regime im verstärkten Maße dazu übergegangen ist, wieder die Todesstrafe zu verhängen. An die dreißig der im November und Dezember 1959 vor spanischen Militärgerichten zum Tode Verurteilten wurden inzwischen an geheimen Orten hingerichtet.

Ausländische Beobachter in Madrid berichten von wachsendem Klima der Furcht und Einschüchterung, das zur Zeit im ganzen Lande sich ausbreitet. Der Besuch des amerikanischen Präsidenten Eisenhower habe nicht zu einer Milderung des Terrors, sondern im Gegenteil zu einer Verstärkung der grausamen Maßnahmen des Regimes geführt. Man gewinnt deshalb immer mehr den Eindruck, die freundlichen Worte des Amerikaners für den Diktator seien in Madrid als eine Art Bestätigung und Ermunterung der höchsten westlichen "Autorität" für die spanische Diktatur aufgefaßt und verstanden worden. Das Ergebnis sei in den unzähligen Verhaftungen von "Gegnern der Sicherheit Spaniens" zu sehen.

Von gleicher Bedeutung aber dürfte die wachsende Verhaftungswelle sein, die zur Stunde Portugal heimsucht. Ministerpräsident Salazar scheint die Stunde gekommen zu sehen, mit allen Gegnern seiner Diktatur abzurechnen. Besonders erbittert zeigt er sich über die Widerstandsakte der katholischen Geistlichkeit. Jeder, der auch nur den geringsten Wacker tut, verschwindet in den Konzentrationslagern oder wird in die Gefängnisschiffe gezerrt und nach Angola oder Mozambik, den beiden großen portugiesischen Kolonien in Afrika, zur Zwangsarbeit deportiert. Berichte aus den beiden Kolonien sprechen überdies von großen Unruhen unter den einheimischen Afrikanern, welche von den portugiesischen Militärs und Polizeieinheiten mit größter Brutalität förmlich im Blute erstickt wurden.

Nimmt man alle diese Dinge zusammen, so wird die Aktion der Bundesregierung umso unverständlicher. Sich außerhalb der gewohnten, normalen diplomatischen Beziehungen in geheime zweiseitige Vertragswerke mit Staaten ausgesprochen diktatorischer und totalitärer Natur zu verstricken, steht Bonn schlecht zu Gesicht. Ob diese Staaten und ihre Regime die richtigen "Partner" sind, das allerdings ist schon entschieden. Sie sind es nicht.

+ + +